


krisis

Kritik der Warengesellschaft

Ernst Lohoff

Das neue Herz der Finsternis

Die USA und die neue Weltunordnung

krisis **2 / 2025**

Das neue Herz der Finsternis

Die USA und die neue Weltunordnung

Ernst Lohoff

krisis 2/2025

Kritik der Warengesellschaft

krisis – Kritik der Warengesellschaft 2/2025

Berlin: epubli, 2025

Hrsg.: Förderverein krisis – Verein für kritische Gesellschaftswissenschaft e.V.
Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg

Tel.: + +49 911 7056 28

www.krisis.org
krisisweb@yahoo.de

ISSN 2196-940X
CC BY-NC 3.0 DE

Zitation: Lohoff, Ernst: Das neue Herz der Finsternis. Die USA und die neue Weltunordnung.
krisis. Kritik der Warengesellschaft 2/2025, Berlin: epubli 2025.
<https://www.krisis.org/2025/das-neue-herz-der-finsternis/>

Inhalt

Zusammenfassung	5
Die kapitalistische Entwicklung und ihr Fluchtpunkt	8
Nichts Neues unter der Sonne der Ideologie	10
Imperialismus und Isolationismus in der Geschichte der USA	11
USA und EU im Zeitalter der Globalisierung	14
Das Versprechen des Trumpismus	16
Trumpismus und Globalisierung	19
Von der abstrakten Allgemeinheit zum Primat des Geschäfts in der Politik	24
Faschismus made in USA?	26
Weltinnenpolitik	32
Die inoffizielle autoritaristische Transnationale	37
Die liberale Demokratie: ein historisches Auslaufmodell	40

Zusammenfassung

Die USA gelten als das Mutterland der modernen Demokratie. Nach dem Überfall auf Pearl Harbor erklärte Präsident Roosevelt sein Land zum »Arsenal der Demokratie«. Im Kalten Krieg übernahmen die USA die Rolle der Schutz- und Führungsmacht, um die sich die »westliche Wertegemeinschaft« scharte. Doch jetzt wird unter der Präsidentschaft Trumps die liberale Demokratie in ihrem Mutterland im Eiltempo zerstört. Die MAGA-Bewegung und ihr Repräsentant im Weißen Haus führen einen regelrechten Feldzug gegen die Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip, die Wissenschaftsfreiheit sowie die regierungskritischen Massenmedien. Damit erreicht der globale Vormarsch des Autoritarismus eine neue Qualität. Beim Versuch, diese bedrohliche Entwicklung zu begreifen, orientieren sich viele Liberale, aber auch große Teile der Linken an historischen Konstellationen aus der Vergangenheit. Mal ist von einer Rückkehr der USA zum Isolationismus die Rede, mal von einem Rückfall in den Imperialismus. Der US-amerikanische Philosoph Jason Stanley und viele andere meinen wiederum, die USA entwickelten sich klar in Richtung Faschismus. Das alte Etikett Faschismus verdeckt aber das grundlegend Neue an der heutigen historischen Situation.

Selbstverständlich erinnert das manichäische Weltbild der MAGA-Bewegung fatal an den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus. Während Politik in der liberalen Demokratie darin besteht, zwischen konkurrierenden Interessen zu vermitteln, ist Politik für den Trumpismus, genauso wie einst für den Faschismus, ihrem Wesen nach ein Freund-Feind-Verhältnis. Dieses hochgradig destruktive Politikverständnis steht im Krisenkapitalismus unserer Tage allerdings in einem ganz anderen sozialen Kontext als vor 1945: Im Faschismus und im Nationalsozialismus waren Antisemitismus und aggressiver Nationalismus mit der Idee des »totalen Staates« (Carl Schmitt) verschwistert. Dessen Aufgabe war die Herstellung und Sicherung der »Volksgemeinschaft«. Dazu gehörte wesentlich, allen dem Regime loyalen »Arbeitern der Stirn und Faust« und ihren gebärfreudigen Frauen soziale Wohltaten zuteilwerden zu lassen. Die Aggression nach außen und die soziale Integration sowie die nationalökono-

mische Formierung nach innen bildeten also zwei Seiten derselben Medaille. Beim Trumpismus ist die Feindschaft gegenüber illegalisierten Migranten, »Wokeness« und »liberalen Eliten« dagegen ein Ersatz für die reale Integration der Gesellschaft. Zugleich verleiht sie dem allgemeinen gesellschaftlichen Zerfallsprozess eine neue Qualität. In der Ideologie schlägt sich das vor allem darin nieder, dass sich das Verhältnis zum Staat im Vergleich zu den faschistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts umkehrt. Für diese war der allmächtige »totale Staat« eine positive Utopie, die es zu verwirklichen galt. In der Vorstellungswelt der MAGA-Bewegung existiert der »totale Staat« hingegen längst, und zwar in Form des »Deep State«, der angeblich auf die Auslöschung individueller Freiheit aus ist. Dieser stellt, um die Formel von Carl Schmitt aufzugreifen, so etwas wie den »absoluten Feind« dar. Der Kampf gegen den imaginären »Deep State« dient dabei als Rechtfertigung für ein Projekt zur Zerschlagung des realen Staates. Dieser verliert zusehends seine Fähigkeit, die kapitalistische Gesellschaft zusammenzuhalten.

Der Trumpismus steht für neuen Wein in alten Schläuchen. Die offene Verachtung für demokratische Spielregeln und deren gezielte Übertretung erinnern ebenso wie die in der MAGA-Bewegung populären Denkmuster an die dunkelsten Kapitel des 20. Jahrhunderts. Die großen gesellschaftlichen Veränderungen, die er herbeiführt, sind jedoch nur im Kontext des heutigen Entwicklungsstadiums des warenproduzierenden Weltsystems zu verstehen. Die Vorstellung, Trumps Programm führe zur Wiederkehr vergangener Verhältnisse, ist nur plausibel, solange man bei reiner Ideologiekritik stehen bleibt und auf eine Realanalyse verzichtet.

Auch hinter der an die isolationistische Tradition anknüpfenden »America-First«-Rhetorik verbirgt sich ein Programm, das sich zur Zielsetzung des historischen Isolationismus verhält wie Feuer und Wasser. Der historische Isolationismus war die Begleitideologie einer autozentrierten Entwicklung. Von ihrer Gründung bis zum Zweiten Weltkrieg verfolgten die USA das Ziel, eine weitgehend autarke Nationalökonomie aufzubauen, die den gesamten amerikanischen Doppelkontinent beherrschen und von imperialer Konkurrenz unabhängig sein

sollte. Die »Trumpomics« stehen dagegen für den Traum, die USA könnten alle Vorteile, die ihnen aus dem Globalisierungsprozess erwachsen, weiterhin genießen, während sie alle Folgelasten ihren ehemaligen Partnern aufhalsen. Das Weltmarktmonopol der US-amerikanischen IT-Branche soll weiter ausgebaut werden, und die Steuersenkungspolitik steigert die Abhängigkeit der USA von ausländischen Kapitalzuflüssen zusätzlich. Gleichzeitig soll die andere Seite der transnationalen Arbeitsteilung, die Deindustrialisierung der USA durch die Zollpolitik rückgängig gemacht werden. Der Hegemon ist zum Erpresser mutiert, der wegen kurzfristiger Konkurrenzvorteile die Grundlagen des kapitalistischen Weltsystems zerschlägt.

So destruktiv diese Politik auch ist, sie ist auf ihre Weise zeitgemäß. Nicht der Kurs der US-Regierung ist anachronistisch, sondern das Paradigma, dass Wirtschaftsliberalismus und politische Freiheit zwei Seiten derselben Medaille seien. Wer versucht, beide zusammen zu verteidigen, kann letztlich nur scheitern. In einer weiteren Hinsicht ist der Autoritarismus à la Trump den Verteidigern der liberalen Demokratie zudem weit voraus. Das liberale Lager spricht zwar schon seit Jahrzehnten von der Notwendigkeit einer »Weltinnenpolitik«, doch damit war nie mehr gemeint als die Stärkung internationaler Organisationen und die Forderung nach engerer Kooperation der Staaten. Dabei wurden die klassische Trennung von Außen- und Innenpolitik sowie das Konzept staatlicher Souveränität nicht infrage gestellt, sondern vorausgesetzt. Der US-Präsident und seine Kollegen in Russland und China werfen beides über den Haufen und betreiben im Wortsinn »Weltinnenpolitik«. Es ist höchste Zeit, dem eine emanzipative Weltinnenpolitik entgegenzusetzen, statt die »liberale Demokratie« retten zu wollen. Diese ist ein historisches Auslaufmodell.

Die kapitalistische Entwicklung und ihr Fluchtpunkt

Geschichte hat keinen Rückwärtsgang, und die der modernen Warengesellschaft am allerwenigsten. Das hat seinen tieferen Grund. Auf einer ganz grundsätzlichen, allen politischen Handeln vorausgesetzten, strukturellen Ebene ist dieser Gesellschaft eine Entwicklungsdynamik inhärent, die stets in die gleiche Richtung weist. Das Kapital kann nicht existieren, ohne die gesellschaftlichen Produktivkräfte permanent zu revolutionieren und das Produktivitätsniveau ein ums andere Mal höherzuschrauben. Fernerhin nimmt auf jeder Stufe kapitalistischer Entwicklung ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Reichtums die Warenform an. Und auch der Grundwiderspruch der Warengesellschaft, Menschen einerseits zu vereinzeln, um sie andererseits als vereinzelte Einzelne in einen universellen wechselseitigen Abhängigkeitszusammenhang zu bringen, ist als prozessierender Widerspruch zu fassen. Je weiter die warengesellschaftliche Entwicklung schon vorangeschritten ist, umso stärker ist dieser Widerspruch also ausgeprägt. Die kapitalistische Entwicklung hat dementsprechend die einem unmittelbar weltgesellschaftlichen Zusammenhang ausgelieferte »isolierte, auf sich zurückgezogene Monade« (MEW 1, S. 364) zum logischen Fluchtpunkt.

Es fällt nicht schwer, nachzuzeichnen, wie sich diese Entwicklungsdynamik im Laufe der letzten zweihundert Jahre Bahn brach. Bis zur Ersten industriellen Revolution stammte das Gros der Dinge, die die Menschen nutzten, noch aus dem lokalen Umkreis. Die Konsumenten kannten die Produzenten meist persönlich und vor allem auf dem Land spielte Selbstversorgung eine wichtige Rolle. Im 18. und 19. Jahrhundert differenzierte sich die Arbeitsteilung aus und anonyme überregionale Märkte übernahmen die Versorgung, die Produktion fand jedoch überwiegend im Rahmen der neu formierten Nationalökonomien statt. Doch auch darüber ging die Entwicklung hinweg. Nicht zufällig hat in den 1980er-Jahren der Neologismus »Lieferkette« Eingang in den Wortschatz gefunden. Darin schlägt sich nieder, dass selbst die banalsten Alltagsprodukte

einen globalen Produktions- und Logistikzusammenhang durchlaufen haben, bevor sie im Supermarktregal landen. Bis zur Einführung der Telegraphie Mitte des 19. Jahrhunderts war der handschriftlich verfasste Brief das einzige zur Überbrückung von Distanzen geeignete Kommunikationsmittel. Dieser gelangte über eine überschaubare Kette von Poststationen zum Empfänger. Heute wird für die Kommunikation das Internet genutzt und damit eine weltumspannende Infrastruktur in Anspruch genommen. Gleichzeitig haben auch die gesellschaftlichen Bedrohungen ihren Charakter verändert. In vorkapitalistischen Gesellschaften kam es zu Seuchen und Missernten, weil die Möglichkeiten des Menschen, die Naturprozesse zu beeinflussen, noch recht beschränkt waren. Die heutigen Naturkatastrophen entspringen dagegen dem der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise inhärenten Drang zur Übernutzung der Naturressourcen mit einer meist globalen Ursachenkette. Wenn in ein paar Jahren der Inselstaat Kiribati im Pazifik versinkt, bekommen die Bewohner dieser Inselgruppe schmerzhaft zu spüren, was Globalisierung auch bedeutet: Der Kapitalismus hat die Menschheit zu einer unfreiwilligen weltumspannenden Haftungsgemeinschaft vereint, die auch künftige Generationen einschließt.

Seit einigen Jahren ist nun häufig von einer angeblich sich anbahnenden Deglobalisierung die Rede. Dabei wird unterstellt, die kapitalistische Gesellschaft könne zu einem Zustand zurückkehren, in dem, wie in vergangenen Phasen kapitalistischer Entwicklung, relativ autarke Wirtschaftsräume nebeneinander existieren und das System des kapitalistischen Reichtums trotzdem weiter funktioniert. Diese Vorstellung geht an der Wirklichkeit vorbei. Die Auflösung der Nationalökonomien, die Fortentwicklung des Kapitalismus zu einem System weltumspannender Abhängigkeitsverhältnisse, ist unhintergebar. Eine tatsächliche Deglobalisierung ist auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise nur als katastrophischer Prozess vorstellbar. Natürlich lassen sich bestehende ökonomische Verbindungen kappen. Wie man am Beispiel der gegenwärtigen EU-Sanktionen gegenüber Russland sehen kann, führt das aber nur zu einer mit Friktionen verbundenen Umgruppierung der Abhängigkeitsverhältnisse, nicht zu einer Entkoppelung. Was schon für die

Gütermarktwaren gilt, gilt erst recht für die transnationalen Geldkapitalflüsse. Eine Deglobalisierung der Finanzmärkte wäre gleichbedeutend mit der weitgehenden Vernichtung des in den letzten Jahrzehnten akkumulierten fiktiven Kapitals. Die Folge wäre eine globale Wirtschaftskrise, die alles bisher Dagewesene in der krisenreichen Geschichte des Kapitalismus in den Schatten stellt.

Nichts Neues unter der Sonne der Ideologie

Nicht nur die warengesellschaftliche Wirklichkeit, sondern auch die Vorstellungen der warengesellschaftlichen Akteure unterliegen historischem Wandel. Allerdings gibt es hier keine eindeutige Entwicklungsrichtung. Die Ideologiegeschichte ist vielmehr voll von Wiederholungen und Reprisen. Ein immer gleiches Set von Denkfiguren und Argumentationsmustern wird über die Jahrhunderte immer wieder so variiert und neu kombiniert, dass es zu den jeweiligen Zeitumständen passt. Krisenzeiten sind Zeiten der Nostalgie. In ihnen spielen denn auch Strömungen eine zentrale Rolle, die sich nicht nur faktisch aus der geistigen Mottenkiste bedienen, sondern die Wiederherstellung einer vermeintlich guten alten Zeit und früher herrschender Vorstellungen zum Programm erheben. Bei der für das weitere Schicksal des Globalisierungsprozesses wohl folgenreichsten Strömung unserer Tage hat diese Orientierung auch Eingang in den selbst gewählten Namen gefunden. Die MAGA-Ideologie verspricht ihren Anhängern eine Politik, die die verlorene Größe der USA wiederherstellt und dabei die unumschränkte Vorherrschaft des weißen Mannes über »God's own country« und seine übrigen Bewohner wiederherstellt. Dementsprechend orientiert sie sich auch in der Rhetorik an Vergangenen. Der Slogan »America First«, den Trump seinem Publikum in jeder Rede einhämmert, wurde schon in den 1930er-Jahren benutzt und war namensgebend für das America First Committee. Dieses vereinte die Gegner des Eintritts der USA in die Anti-Hitler-Koalition, sein Aushängeschild war der Atlantikflieger und Nazifreund Charles Lindbergh. Auch bei der Legitimierung politischer Maßnahmen bemühen die Vertreter der MAGA-Ideologie gerne die Geschichts-

bücher. Als Trump dieses Jahr einen Zollsatz von 50 Prozent auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU erließ, orientierte er sich am »McKinley-Tariff« aus dem Jahr 1890, der nach dem späteren US-Präsidenten benannt wurde und in gleicher Höhe war. Offenbar schwebt ihm und den Seinen, was die Finanzierung des US-amerikanischen Haushalts angeht, ein Zustand wie um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert vor. Damals gab es in den USA noch keine Einkommenssteuern und die Hälfte der Staatseinnahmen stammte aus Zöllen.

Zweifellos weist die MAGA-Bewegung in ihrer Ideologie ein hohes Maß an Affinität zu vergangenen Zeiten auf. Dieses Selbstverständnis nehmen liberale Kritiker in Europa gerne für bare Münze und setzen es mit dem realen Gehalt gleich. Zumindest was das Verhältnis der USA zur übrigen Welt angeht, werfen sie den regierenden Trumpisten vor, das Land in längst überwunden geglaubte Phasen kapitalistischer Entwicklung zurückzuführen. In diesem Zusammenhang fallen vor allem zwei Stichworte häufig: Rückkehr zum Imperialismus und zum Isolationismus. Wer sich vergegenwärtigt, was diese Begriffe einst bedeuteten, muss die Verwendung des Wortes Rückkehr jedoch als geschichtsvergessen bezeichnen. Zwar ähneln sich die ideologischen Verpackungen, doch inhaltlich hat die Politik der Trump-Administration mit dem historischen Imperialismus und Isolationismus so viel Ähnlichkeit wie Sarg und Wiege.

Imperialismus und Isolationismus in der Geschichte der USA

Die beiden Begriffe Imperialismus und Isolationismus bezeichnen offensichtlich Gegensätzliches. Imperialismus meint direkte oder indirekte Unterwerfung fremder Territorien und Bevölkerungen. Isolationismus steht dagegen für eine Abschließungspolitik, für das Bemühen, das Schicksal des eigenen Landes von dem der übrigen Welt zu entkoppeln. Vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegsphase betrieben die USA tatsächlich beides, allerdings in unterschiedlichen Weltregionen. Im pazifischen Raum und südlich des Rio Grande

verfolgten sie eine imperialistische Agenda, gegenüber Europa betrieben sie dagegen eine isolationistische Politik. Sie hielten sich aus den Konflikten der dortigen imperialistischen Mächte heraus und beteiligten sich auch nicht am »Scramble for Africa«. Der einzige Landerwerb auf dem Kontinent, der Hauptgegenstand kolonialer Landnahme im 19. Jahrhundert war, blieb der Versuch von in der American Colonization Society organisierten Abolitionisten, in Westafrika eine Art Antikolonie zu errichten, die freigelassene Sklaven aus den USA aufnehmen sollte.¹ Diese Konstellation änderte sich jedoch mit dem Zweiten Weltkrieg. Nun erhoben die USA prinzipiell Anspruch auf den gesamten Globalen Süden. Allerdings veränderte sich zugleich die Gestalt des Imperialismus auf grundlegende Weise. An die Stelle der erbitterten auch kriegerisch ausgetragenen Konkurrenz der imperialen Mächte, trat deren Kooperation unter US-Hegemonie. Statt den Globalen Süden in eifersüchtig gehütete, in nationalem Sondereigentum befindliche Claims aufzuteilen, formierte sich ein postkolonialer Gesamtimperialismus.

Im 19. Jahrhundert war die Monroe-Doktrin, derzufolge die europäischen Mächte auf dem amerikanischen Doppelkontinent keine Kolonien mehr errichten dürfen, letztlich darauf hinausgelaufen, die europäischen Mächte auch wirtschaftlich aus Lateinamerika herauszudrängen. Spätestens mit dem Kalten Krieg fiel diese antieuropäische Spitze weg. Dieser Formwechsel des Imperialismus war mit dem veränderten Verhältnis der USA zu Europa verschränkt sowie mit dem Anspruch, die Führung der »freien Welt« zu übernehmen. Japans Überfall auf Pearl Harbor 1941 und der Beginn des Kalten Krieges Ende der 1940er Jahre markieren eine historische Wasserscheide. Mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg endete die lange Ära des Isolationismus und mit dem Beginn des Kalten Krieges formierte sich schließlich »der Westen«, der mit Japan und der BRD nun auch die großen Weltkriegsverlierer mit einschloss.

¹ Die American Colonization Society erwarb in den 1820er-Jahren Land an der westafrikanische Küste, um dort freigelassene Sklaven anzusiedeln. Aus dieser Keimzelle entstand der Staat Liberia.

Kein Zweifel: Die Trump-Administration agiert auf der internationalen Bühne gegenüber ihren einstigen europäischen Verbündeten ausgesprochen aggressiv und legt gegenüber dem Globalen Süden eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen an den Tag. Für die supranationalen Institutionen, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg selbst maßgeblich aufgebaut hatten, hat die Trump-Administration ebenso nur Verachtung übrig wie für multilaterale Abkommen. Die in den liberalen Medien im Zusammenhang mit Trump weitverbreitete Klage über »die Rückkehr des Imperialismus« ist eine Metapher für diese Wendung – allerdings eine irreführende. Was das Verhältnis zum Globalen Süden angeht, kann schon deshalb nicht von einer Rückkehr des Imperialismus die Rede sein, als es nie einen Abschied von diesem gegeben hat. Was sich gerade dramatisch verändert, sind vielmehr dessen Inhalt und Form. Galt bis dato die Formel »Zuckerbrot und Peitsche«, so spart sich die amtierende Administration das Zuckerbrot und schwingt umso energischer die Peitsche. Wegweisend für die Umorientierung ist die Zerschlagung der USAID (United States Agency for International Development) durch die Trump-Administration. Was da aufgelöst wurde, war schließlich keine philanthropische Organisation, sondern eines der Schlüsselinstrumente eines Imperialismus, der bemüht war, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den Ländern der Peripherie halbwegs stabil zu halten. So etwas ist ein integraler Bestandteil jedes funktionierenden Imperialismus. Imperien mögen ihre Gründung Eroberungen verdanken. Damit es ihnen gelingt, sich dauerhaft zu etablieren, müssen sie zumindest Teilen der unterworfenen und in Abhängigkeit gehaltenen Bevölkerung eine Perspektive bieten und diese integrieren. Das britische Weltreich hat das geleistet und die USA als Hegemon nach dem Zweiten Weltkrieg haben es mit der Pax Americana perfektioniert.

USA und EU im Zeitalter der Globalisierung

Traditionell war die nationalistische Rechte Europas antiamerikanisch ausgerichtet. Auch Teile der Linken denunzierten jahrzehntelang die europäischen Regierungen als »Vasallen des US-Imperialismus«, als hätten sich die Länder Europas einseitig den Interessen der USA unterwerfen müssen. Diese Vorstellung war indes stets reine Ideologie. Von Imperialismus konnte immer nur im Verhältnis des Globalen Nordens zum Globalen Süden die Rede sein. Der Abschied der USA vom Isolationismus und die Bildung des westlichen Lagers im Kalten Krieg markierten vielmehr den Übergang von einem feindlichen Neben- und Gegeneinander der kapitalistischen Kernstaaten zu Kooperation und Interessenausgleich zwischen ihnen. Natürlich sicherte auch die enorme Ausstrahlungskraft der US-Kultur die Hegemonie der USA im westlichen Lager. Noch wichtiger war jedoch, dass alle beteiligten Staaten ökonomisch vom Pax Americana profitierten und deshalb freiwillig mit der Vormacht zusammenarbeiteten.

Der Untergang des Realsozialismus und der Übergang zu einer unipolaren Weltordnung führten bekanntlich zu einer Schwächung der einst engen politischen Bindungen zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten. Aus westeuropäischer Perspektive schienen die USA als Schutzmacht mit dem Wegfall der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion entbehrlich geworden zu sein. In den USA setzte sich wiederum die Vorstellung durch, dass nicht mehr Europa, sondern die Kontrolle über den pazifischen Raum für die Sicherung der amerikanischen Vorherrschaft entscheidend sei. Mit der beschleunigten Globalisierung intensivierte sich das ökonomische Zusammenspiel über den Atlantik hinweg freilich noch.² Seit dem Übergang zu einem von der Finanzmarktdynamik getragenen Kapitalismus in den 1980er Jahren beruht das Wachstum der Weltwirtschaft auf einer verrückten Arbeitsteilung zwischen den USA und anderen Weltteilen. Gestützt auf die Weltgeldfunktion

² Diesen Standpunkt hat unter anderem der langjähriger Sicherheitsberater US-amerikanischer Regierungen in seinem 1996 erschienenen Buch »The Grand Chessboard« formuliert.

des Dollars überschwemmt die US-amerikanische Finanzindustrie den Weltmarkt mit Aktien, Schuldtiteln und anderen Zukunftsversprechen. Dadurch war es Ländern wie Deutschland, Japan und China jahrzehntelang möglich, im großen Stil Industriewaren zu exportieren. In diesem System gedieh der US-amerikanische IT-Sektor prächtig. Ihm fiel die Weltmarktführerschaft in diesem neuen Wirtschaftssektor zu. Weil der Zustrom ausländischen Geldkapitals die Börsenkurse nach oben trieb und gleichzeitig auf die Zinsraten drückte, profitierten auch die heimischen Anleger und Kreditnehmer. In einem Land, in dem die Altersversorgung weitgehend privatisiert ist, betrifft das breite Bevölkerungsschichten.

Dieses System hat für alle Teile der Weltwirtschaft einen entscheidenden Nachteil. Es ist extrem krisenanfällig und wird sich früher oder später ad absurdum führen. Speziell für die USA hat es aber auch, solange es noch funktioniert, Schönheitsfehler. Dazu gehört das »Zwillingsdefizit«, das die USA seit der Zeit Reagans aufweisen. Einerseits ist die besondere Attraktivität der USA als Finanzanlageort an eine Niedrigsteuerpolitik gebunden, die wiederum nur um den Preis eines strukturellen Haushaltsdefizits zu haben ist. Im Jahr 1980 lag die kumulierte Staatsverschuldung noch bei 1,18 Billionen Dollar. Das entsprach 41 Prozent des BIP. Inzwischen hat der Schuldenstand 36 Billionen bzw. 120 Prozent des BIP erreicht und liegt damit deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Andererseits heißt für die USA, Kapitalmarktwaren gegen Gütermarktwaren tauschen, ein chronisches Leistungsbilanzdefizit zu erwirtschaften. Entsprechend bezahlen die USA ihre Stellung als wichtigster Anlagestandort des transnationalen Geldkapitals damit, dass sie auch in Sachen Deindustrialisierung seit Jahrzehnten eine Vorreiterrolle übernehmen. Dies hat weitreichende Implikationen für die Sozialstruktur des Landes. Seit den 1980-er Jahren sind die gut bezahlten Blue Collar Jobs in der Industrie dahingeschmolzen wie der Schnee in der Frühlingssonne. An ihre Stelle traten vor allem prekäre Jobs im Dienstleistungssektor; große Teile der unteren weißen Mittelschicht erlebten einen rapiden sozialen Abstieg und das Land erlebte eine extreme soziale Polarisierung.

Das Versprechen des Trumpismus

Die liberalen Kritiker der Trumponomics behandeln diese gerne als einen historischen Unglücksfall, der aus heiterem Himmel über die Welt hereingebrochen sei. Doch so verheerend sich die Politik Trumps auf die Weltwirtschaft noch auswirken dürfte, sie ist lediglich ein Krisenverstärker. Ihre historische Rolle beschränkt sich darauf, eine fundamentale Strukturkrise, die sich über viele Jahrzehnte aufgebaut hat, in den vielleicht verheerendsten manifesten Krisenschub der kapitalistischen Geschichte zu überführen. Das kapitalistische Weltsystem steuert – ganz unabhängig von den aktuellen politischen Wendungen – auf einen Kipppunkt zu. Ab diesem Punkt ist die oben skizzierte Arbeitsteilung zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Kernstaaten nicht mehr aufrechtzuerhalten. Zumindest die Führung in Peking scheint sich dessen übrigens seit geraumer Zeit bewusst zu sein. Bereits 2013, lange bevor Trump auf die politische Bühne drängte, begann China, sich still und leise aus der Rolle des Finanziers des US-amerikanischen Staates zu verabschieden. Damals hielten chinesische Anleger, vor allem Staatsbanken, noch US-Staatsanleihen im Wert von 1,3 Billionen Dollar und China war noch das mit großem Abstand das wichtigste Gläubigerland der US-Regierung. Mittlerweile sind es nur noch 765 Milliarden Dollar und China ist in der Rangliste der Gläubiger hinter Japan und Großbritannien auf Rang drei zurückgefallen.

Unter der Parole »Make America Great Again« hat sich ein Bündnis herausgebildet, das die marodierenden Profiteure der neoliberalen Revolution mit Gruppen vereint, die die sozialen Kosten des neuen Typus von Kapitalismus mittragen müssen. Eine derartige Koalition kann sich nur auf der Grundlage einer Ideologie bilden, deren wichtigstes Kennzeichen obsessive Projektion ist. Der Kern der MAGA-Weltdeutung besteht darin, die gesellschaftlichen Verwerfungen, die die *wirtschaftsliberale* Umgestaltung verursacht hat, dem *politischen* Liberalismus anzulasten, der wiederum mit »Wokeness« identifiziert wird. Zu den vermeintlichen Hauptverbrechen der Liberalen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gehört, dass sie es ausländischen Mächten erlauben, die USA schamlos auszunutzen. Die trumpistischen Fieberphantasien machen

also aus dem Prozess der Transnationalisierung aller Waren- und Geldkapitalströme, dessen Grundlage einst die Reagan-Administration schuf, ein perfides Gemeinschaftsprojekt Chinas, der EU und der liberalen Eliten zum Schaden der USA.

Diese Erzählung mag in der Sache absurd sein, was ihre Attraktivität für breite Teile der US-amerikanischen Wählerschaft jedoch nicht mindert. Einerseits beeinträchtigt diese Erklärung des eigenen Abstiegs und des Abstiegs der Nation das weitverbreitete Selbstbild der USA als dem großartigsten Land auf Gottes Erden nicht. Zum anderen scheint der Ausweg aus der Misere auf der Hand zu liegen. Die US-Regierung muss lediglich darauf verzichten, den Westen zusammenzuhalten und von der Partnerschaft zur Erpressung übergehen, damit sich die USA wirtschaftlich und sozial in eine blühende Landschaft verwandeln. Die Demokraten haben hingegen weder eine Erklärung für den Niedergang, noch eine Lösung parat. Ihre Antwort auf die Krise, in der die USA stecken, beschränkt sich darauf, diese herunterzuspielen und Krisenverwaltung zu betreiben.

Mit ihrer finanziellen Unterstützung und Medienmacht haben Blackstone-Gründer Stephen Schwarzman sowie Elon Musk und Peter Thiel und andere Tech-Unternehmer Trump den Weg zurück ins Weiße Haus geebnet. Sie haben sich jedoch dem Trump-Lager aus anderen Motiven angeschlossen als die von einer Reindustrialisierung der USA träumenden Rednecks. Sie wollten vor allem freie Bahn für eine radikal antietatistische Politik schaffen, die die Deregulierungsprozesse der letzten Jahrzehnte noch einmal topt. Dazu gehört ein Kahlschlag bei den sozialen Sicherungssystemen sowie die Umfunktionierung der US-Regierung zum unmittelbaren Vollstrecker der Sonderinteressen großer Konzerne.

In dieser Hinsicht wurden ihre Erwartungen auch nicht enttäuscht. Kaum wieder ins Präsidentenamt eingeführt, strich Trump die von Biden im Jahr 2023 eingeführten staatlichen Richtlinien zur Entwicklung von KI-Modellen ersatzlos. Sehr zu ihrer Freude hat die Branche bei der Ausgestaltung der digitalen Infrastruktur künftig freie Hand. Angesichts der Weltmarktführerschaft

von US-Konzernen in diesem Sektor ist diese Entscheidung von globaler Tragweite. Parallel dazu befreit die Trump-Administration den Staat, unter dem Vorwand, diesen schlanker und effizienter machen zu wollen, von seinen Daseinsfürsorgefunktionen. Und auch verteilungspolitisch hat Trump prompt geliefert. Mit seinem am symbolträchtigen 4. Juli, dem Unabhängigkeitstag, unterzeichneten *Big Beautiful Bill* sorgt er für die größte staatliche Umverteilung von Reichtum von unten nach oben aller Zeiten. Dieses Gesetz kombiniert exzessive Steuersenkungen, vor allem für Reiche und Superreiche, mit der Streichung von Sozialausgaben. Laut Schätzungen des Congressional Budget Office (CBO) werden die dadurch bedingten Mindereinnahmen in den nächsten zehn Jahren eine zusätzliche Schuldenaufnahme von mindestens 3,3 Billionen Dollar erforderlich machen. Allein Medicaid, die Gesundheitsversicherung für Geringverdiener, soll mit der Begründung, dort herrschten »Verschwendung, Betrug und Missbrauch«, in den nächsten zehn Jahren auf knapp 800 Milliarden Dollar verzichten. Vor der Reform ermöglicht Medicaid 78 Millionen Amerikanern mit geringem Einkommen den Zugang zu einer Gesundheitsversorgung. Nach Schätzungen des überparteilichen Congressional Budget Office dürften bis 2034 elf Millionen Menschen ihren Anspruch verlieren. Erwerbsfähige, die nicht mindestens 80 Stunden im Monat arbeiten oder in Ausbildung sind, fliegen aus dem Medicaid-System und haben darüber hinaus überhaupt keinen Anspruch mehr auf staatliche Sozialleistungen. Auch bei den Bundesmitteln für SNAP, die derzeit 42 Millionen Amerikanern als Lebensmittelhilfe zusteht, sind über die kommenden zehn Jahre Kürzungen von 290 Milliarden Dollar geplant.

Aus europäischer Perspektive mag es paradox wirken, aber der Robin Hood der etwas anderen Art, der den Armen nimmt, um den Reichen zu geben, wurde auch von vielen Angehörigen der Arbeiterschaft gewählt. Die kleinen Steuer-Bonbons für die »einfachen Leute«³, die Trump schon im Wahlkampf in

³ Bis zum Ende der Trump'schen Amtszeit müssen Überstunden und Trinkgelder nicht mehr versteuert werden. Außerdem richtet der Staat für Neugeborene ein nach dem Präsidenten benanntes Aktiendepot im Wert von 1.000 Dollar ein, über das diese ab

Aussicht stellte, dürften für deren Wahlentscheidung nur von untergeordneter Bedeutung gewesen sein. Entscheidend war vor allem die neomerkantilistische Agenda, also die von Trump versprochene Reindustrialisierung des Landes.

Trumpismus und Globalisierung

In der Wahrnehmung der breiten Masse der MAGA-Anhänger bedeutet Globalisierung neben unerwünschter Migration und »Überfremdung« vor allem die Verlagerung industrieller Arbeitsplätze aus den USA. Entsprechend gehören »Globalismus« und »Globalist« zu den beliebtesten Schimpfwörtern der Bewegung. Auch der Präsident erklärt die Globalisierung regelmäßig zum Teufelswerk. Betrachtet man jedoch die wirtschaftspolitischen Vorhaben der neuen Regierung etwas genauer, so wird deutlich, dass diese nicht auf eine planmäßige Rückabwicklung der Globalisierung abzielen. Vielmehr möchte der Trumpismus die Kosten eines globalisierten Kapitalismus externalisieren, ohne auf dessen Vorteile für die USA zu verzichten.

Das beginnt schon damit, dass die Trump-Administration zwar nie müde wird, das Handelsbilanzdefizit der USA zu skandalisieren, aber keine Silbe über den zweiten Posten der Leistungsbilanz des Landes verliert. Aufgrund der Monopolstellung US-amerikanischer Konzerne in wichtigen Teilen des IT-Sektors erzielen die USA Jahr für Jahr erhebliche Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz. Wenn es nach den Trumpisten geht, gehört der freie Handel mit Industriegütern der Vergangenheit an. Die Dienstleistungsmärkte bleiben dagegen globalisiert und ihre Deregulierung soll weltweit noch weiter vorangetrieben werden, damit die US-amerikanischen Tech-Giganten fette Renditen einfahren und den digitalen Raum völlig nach ihrem Belieben ausgestalten können. Und noch in einer weit wichtigeren Hinsicht übt sich die Trump-Administration in Doppeldenk. Wie weiter oben bereits an-

dem Alter von 18 teilweise und ab 30 vollständig verfügen dürfen. Glaubt man dem republikanischen Senator Ted Cruz, »wird das jedes Kind zum Kapitalisten machen«. Wie sich fast von allein versteht, darf ausschließlich in US-amerikanische Aktien investiert werden – auf dass nur die heimischen Finanzmärkte profitieren.

gemerkt, weisen die USA zwar ein Zahlungsbilanzdefizit auf, im Gegenzug fluten sie aber seit Jahrzehnten im großen Stil die globalen Kapitalmärkte mit Zahlungsverprechen und ziehen Geldkapital aus der ganzen Welt an. Für die Aufrechterhaltung des Systems des kapitalistischen Reichtums in den USA ist diese Zufuhr von Geldkapital so überlebenswichtig wie künstliche Ernährung und Flüssigkeitsversorgung für einen Komapatienten. Die Trump-Administration träumt davon, die eine Seite der Medaille, das Leistungsbilanzdefizit, abzuschaffen, aber die andere zu bewahren. Maßnahmen, die den Bedarf der US-Wirtschaft an ausländischem Finanzkapital reduzieren würden, sehen die Trumponomics jedenfalls genauso wenig vor, wie eine Begrenzung des laufenden Haushaltsdefizits, von einem Schuldenabbau ganz zu schweigen. Trumps *Big Beautiful Bill* stellt nicht nur die größte Umverteilung von unten nach oben in der Geschichte dar, sondern katapultiert auch die US-amerikanische Staatsverschuldung in ganz neue Höhen. Dadurch wird die Abhängigkeit des US-amerikanischen Staates vom Zufluss ausländischen Geldkapitals weiter verstärkt. Das laufende Haushaltsdefizit dürfte infolge der Steuersenkungen von derzeit 6,4 Prozent auf 9,0 Prozent des BIP steigen. Das würde, laut Schätzungen der Research-Abteilung der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), die kumulierte Staatsschuld in den nächsten zehn Jahren von aktuell 120 Prozent des BIP auf 170 Prozent steigen lassen.

Was den zweiten Punkt, die Abhängigkeit der US-Regierung von ausländischem Geldkapital, angeht, scheint man sich im Umfeld des Präsidenten Gedanken darüber gemacht zu haben, wie sich das Unvereinbare vereinbaren ließe. Stephen Miran, Trumps wichtigster Wirtschaftsberater, seit März 2025 Chef des *Council of Economic Advisers* und damit Kabinettsmitglied, hat einen unter dem Namen »Mar-a-Lago-Abkommen« bekannten Plan entworfen. Dieser soll die US-Regierung in beträchtlichem Umfang von Altschulden befreien. Die ausländischen Zentralbanken sollen ihre auf Dollar lautenden Währungsreserven – immerhin 7,7 Billionen – gegen zinslose US-Anleihen mit 100-jähriger Laufzeit umtauschen. Dadurch könnte das US-Finanzministerium jährlich 300 bis 380 Milliarden US-Dollar an Zinszahlungen sparen. Das soll

den USA, deren Bonität von den Ratingagenturen herabgestuft wurde, wieder bessere Konditionen auf den privaten Kapitalmärkten verschaffen.⁴ Die von Trump immer wieder ins Spiel gebrachten horrenden Strafzölle fügen sich in diesen Plan ein. Staaten, deren Zentralbanken sich in Bad Banks für US-Schrottpapiere verwandeln, dürfen mit günstigeren Zollsätzen rechnen. Schon bisher beißt die Trump-Administration bei der Pekinger Führung jedoch in Sachen Zölle auf Granit. Sie wird natürlich erst recht keine Einwilligung zu einem faktischen Schuldenschnitt zugunsten der USA erteilen. Damit wenigstens die zum ehemaligen Westen gehörenden Staaten mitspielen, sehen Stephen Mirans Pläne neben der Drohung mit Strafzöllen als zweites Druckmittel Schutzgelderpressung vor. Nur die Bewohner jener Staaten, die sich auf den Schuldenschnitt einlassen, behalten die Aussicht auf einen Platz unter dem US-amerikanischen Atomschirm und dürfen hoffen, dass die USA im Ernstfall ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen.

Angesichts der Strafzolldrohungen Trumps betreiben die Regierungen in Europa, Japan und Südkorea bislang eine Appeasementpolitik. Sie erhoffen sich, durch Zugeständnisse den Status quo im Kern erhalten zu können. Wird die Katzbuckelei aber so weit gehen, dass diese Staaten aus Furcht vor der russischen, chinesischen bzw. nordkoreanischen Militärmacht einen Gutteil ihrer Währungsreserven einfach abschreiben? Das ist unwahrscheinlich, zumal die Entscheidung nicht bei den Regierungen, sondern bei den in Japan und der Eurozone unabhängigen Zentralbanken liegt. Selbst wenn die Erpressung funktionieren würde, wäre das Hauptproblem damit jedoch nicht aus der Welt. Das Gros der US-amerikanischen Staatstitel befindet sich in der Hand privater Investoren, die allein Renditeerwartungen folgen und für »sicherheitspolitische« Erwägungen unempfindlich sind. Damit bleibt der Kernwiderspruch des Trumponomics-Programms ungelöst. Die Absicht einer groß angelegten Reindustrialisierung kollidiert mit der Notwendigkeit,

⁴ Die USA müssen derzeit, wenn sie zehnjährige Staatsanleihen auf den Markt bringen, 4,3 Prozent Zinsen berappen, bei griechischen Staatsanleihen liegt der Zinssatz bei 3,4 und bei deutschen bei 2,5 Prozent.

den Zufluss von privatem Geldkapital sicherzustellen. Deshalb ist auch die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der maroden US-Industrie durch Währungsdumping wiederherzustellen, desaströs. Eine gezielte Abwertung des Dollars würde eine Massenflucht des privaten Geldkapitals aus den USA auslösen und dort die Zinsraten explodieren lassen – mit verheerenden Wirkungen. Millionen verschuldete Konsumenten und Unternehmen würden dadurch ruiniert werden.

Eher verschwindet übermorgen die Schwerkraft, als dass die Trumponomics für die USA eine Erfolgsgeschichte werden. Trotzdem werden sie das Gesicht des Kapitalismus nachhaltig verändern. Rhetorisch knüpft die MAGA-Bewegung an die lange isolationistische Tradition der USA an. Allerdings verbirgt sich hinter der alten ideologischen Verpackung ein neuer, dem historischen Isolationismus diametral entgegengesetzter Inhalt. In den USA konnte sich der Kapitalismus im 19. Jahrhundert entfalten, ohne dass er sich erst mühsam von den Altlasten der aristokratischen Ordnung befreien musste. Die isolationistischen Vorstellungen waren damals die Begleitideologie einer auf das eigene Land und den eigenen Kontinent fokussierten rasanten Entwicklung, die mit dem »Amerikanischen Jahrhundert« und dem Aufstieg der USA zur konkurrenzlosen westlichen Vormacht endete. Der Trumpismus hat dagegen Züge einer Panikreaktion auf den spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 in seine akute Phase getretenen Abstieg der USA sowie auf das Bröckeln der weißen Dominanz im Land selbst. Die Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten folgt dem Phantasma, die verlorene weltwirtschaftliche Vormachtstellung ließe sich wiederherstellen, indem man die anderen kapitalistischen Länder zwingt, sämtliche Kosten einer globalisierten Wirtschaft zu tragen. Das Ergebnis der Hinwendung der USA zum Hardcore-Unilateralismus kann daher keinesfalls die Rückkehr zu einer kapitalistischen Weltwirtschaft sein, die aus relativ geschlossenen, nebeneinander existierenden Nationalökonomien oder in sich stabilen und weitgehend autarken Wirtschaftsblöcken besteht. Um ein in den USA gängiges Sprichwort zu bemühen: »You can't unscramble scrambled eggs.« Stattdessen steuert das kapitalistische Weltsystem auf

einen Zustand verwilderter und entregelter Globalisierung zu. Im neoliberalen Zeitalter war die entfesselte Marktlogik die alles entscheidende destruktive Kraft, und die Politik bestand vor allem darin, ihr den Weg zu ebnen. Damals beherrschte das TINA-Syndrom die politischen Debatten. Inzwischen ist eine Phase der Globalisierung eingetreten, in der die Politik zu einer eigenständigen Quelle gesellschaftlicher Verwerfungen und Katastrophen wird. Ein erster Meilenstein war der Brexit. Aufgrund der vergleichsweise geringen Bedeutung Großbritanniens für die Weltwirtschaft geriet dieser jedoch im Wesentlichen zu einem britischen Selbstbeschädigungsprojekt. Die Auswirkungen auf Europa hielten sich in engen Grenzen – von der übrigen Welt ganz zu schweigen. Das Wirtschaftsprogramm, das die Trump-Administration seit ihrer Machtübernahme im Januar dieses Jahres betreibt, wird jedoch weit einschneidendere Folgen haben. Dank des großen Gewichts der US-Wirtschaft innerhalb der Weltökonomie und der Weltgeldfunktion des Dollars leiten die »Trumponomics« eine neue Epoche in der Entwicklung des warenproduzierenden Weltsystems insgesamt ein.

Die MAGA-Bewegung sieht sich als gesellschaftliche Kraft, die dem amerikanischen Volk die Kontrolle über *God's own country* zurückgibt. In Wirklichkeit verschärft sie jedoch den kapitalistischen Krisenprozess, indem sie die weltwirtschaftlichen Beziehungen dem Faustrecht unterwirft. Der Rückgriff auf Begriffe wie »Isolationismus«, die die ideologischen Verlautbarungen für bare Münze nehmen, verstellt nur den Blick auf die realen Inhalte des Trumpismus. Ein Amokläufer mag sich als isolierter, von der Welt verratener Mensch fühlen; das macht aus einem Amoklauf jedoch keinen Rückzug in die Waldeinsamkeit. Der Antiglobalismus der Trump-Administration entpuppt sich zumindest in Hinblick auf die Wirtschaftspolitik in der Praxis als eine besonders hässliche und aggressive Form des Globalismus.

Von der abstrakten Allgemeinheit zum Primat des Geschäfts in der Politik

Mit dem Aufkommen der modernen Warengesellschaft entstand auch der moderne, von der Gesellschaft getrennte Staat, der ihr als »abstrakte Allgemeinheit« (Marx) gegenübertritt. Damit bildete sich die Politik als eine eigene gesellschaftliche Sphäre heraus, die den Rahmen der Interessenkonkurrenz setzt und die auseinanderstrebenden Sonderinteressen austariert. Um diese Integrationsfunktion erfüllen zu können, muss sie einer eigenen, von der Durchsetzung bloßer Privatinteressen verschiedenen Logik folgen. Ihre entwickeltste Gestalt fand die abstrakte Allgemeinheit in der liberalen Demokratie. In ihr sind nicht nur die nachgeordneten Staatsorgane an Gesetze und Weisungen gebunden, sondern auch die Handlungsoptionen der Regierung sind durch das Rechtsstaatsprinzip beschränkt. Die Exekutive muss die Verfassung achten, worüber die Justiz als dritte Gewalt wacht. Hinzu kommt die Presse- und Medienfreiheit, die die Berichterstattung vor Strafmaßnahmen seitens der Regierung schützt. Solange die Medien unabhängig bleiben, stellen sie eine weitere Kontrollinstanz dar. Deshalb werden sie auch oft als die »vierte Gewalt« bezeichnet und sind eine der tragenden Säulen einer liberalen Demokratie.

Mit dem Übergang zu einem von der Finanzmarktdynamik getragenen Kapitalismus ließ die Fähigkeit der liberalen Demokratie, einen für alle beteiligten Warensubjekte zufriedenstellenden Interessenausgleich zu bewerkstelligen, erheblich nach. Vor allem für viele Arbeitskraftbesitzer verschlechterten sich im Zuge der neoliberalen Revolution die Verkaufsbedingungen nachhaltig. In den USA verlief dieser Prozess besonders dramatisch. Die diversen Finanzkrisen, insbesondere die Krise von 2008 und ihre Folgen, schwächten die Integrationskraft der liberalen Demokratie zusätzlich. Die wachsende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen politischer Prozesse bildet den Resonanzboden für autoritaristische Krisenverarbeitungsideologien. Mit ihrer Klage über die »abgehobenen liberalen Eliten« bieten diese Ideologien nicht nur eine personalisierende Pseudoerklärung für die strukturelle Krise der liberalen Demokratie, sondern machen auch

Schuldige ausfindig, die man an den Pranger stellen kann. Damit verwandelt sich aber auch der Charakter des Politischen grundlegend.

In der liberalen Demokratie behandeln die verschiedenen Parteien des demokratischen Spektrums einander als Mitwettbewerber um die Gunst der Wähler. Sie erkennen dementsprechend die durch die Verfassung vorgegebenen politischen Spielregeln an. Die autoritären Parteien bedienen dagegen das Bedürfnis, persönlich Verantwortliche für den gesellschaftlichen Krisen- und Zersetzungsprozess dingfest zu machen. Das erreichen sie, indem sie ihre politische Konkurrenz in die Nähe von Volksfeinden rücken, denen im Zweifelsfall jede Untat zugeschrieben werden kann und erteilen sich so zugleich die Legitimation, sich über alle geschriebenen und ungeschriebenen Regeln der liberalen Demokratie hinwegzusetzen. Als Inkarnation eines mit Füßen getretenen Volkswillens befinden sie sich schließlich in einer imaginären Notwehrsituation – und Not kennt bekanntlich kein Gebot.

Das inoffizielle Programm des neuen Autoritarismus besteht letztlich darin, die liberale Demokratie abzuschaffen und dem Staat seinen Charakter als abstrakte Allgemeinheit zu nehmen. In West- und Mitteleuropa deutet sich dieser Prozess erst an. In den USA hat er bereits mächtig Fahrt aufgenommen. Unter dem Applaus seiner Anhänger setzt die Trump-Regierung die Gewaltenteilung außer Kraft, um alle Macht in den Händen des Präsidenten und seiner Clique zu konzentrieren. Vor allem der Justiz und ihrer Unabhängigkeit geht es an den Kragen. Gerichtsurteile, die Regierungsmaßnahmen für illegal erklären, werden beiseitegeschoben und Richter werden aus dem Amt entfernt. Bereits in seiner ersten Amtszeit verkam der Supreme Court zur Spielwiese erzkonservativer Trump-Anhänger. In seiner zweiten Amtszeit scheint Trump entschlossen zu sein, die Justiz als Waffe gegen die Opposition einzusetzen. So überzieht er die kritische Presse mit Milliardenklagen, um sie zum Verstummen zu bringen. Doch nicht nur die Unabhängigkeit der dritten Gewalt ist in Gefahr. Gleichzeitig werden in den nachgeordneten Behörden Trump-Anhänger in Führungspositionen gehievt, womit die staatliche Verwaltung zu einem potenziellen Repressionsinstrument gegen die Opposition umfunktioniert wird.

Universitäten und Museen, die ihre Inhalte nicht der MAGA-Agenda anpassen, bezahlen das mit der Streichung staatlicher Zuschüsse. TV-Sendern droht Trump ganz offen mit dem Entzug von Sendelizenzen, sollten sie es wagen, kritische Beiträge in ihrem Programm zu belassen.⁵ Dieser Angriff auf die vierte Gewalt verläuft bislang recht erfolgreich. Während der ersten Amtszeit Trumps hatten sich noch fast 350 Zeitungen hinter einem Aufruf des »Boston Globe« versammelt. Unter dem Motto »Journalisten sind nicht der Feind« hatten sie sich entschieden gegen die andauernde Diffamierung aller Medien gewehrt, die nicht auf MAGA-Linie sind. Diesmal zeichnet sich zumindest bis jetzt keine konzertierte Aktion mehr ab. Der ökonomische Druck auf die Medienunternehmen reicht offenbar aus, um sie reihenweise zum Einknicken zu bringen. Verbote erübrigen sich, wenn die Chefs von Verlagen und Sendern aus Angst vor wirtschaftlichen Nachteilen die Aufgabe übernehmen, ihren Journalisten Maulkörbe anzulegen.

Faschismus made in USA?

Vor allem in den liberalen und linken Kreisen der USA ist angesichts der skizzierten Demontage der liberalen Demokratie häufig vom Heraufziehen eines »faschistischen Systems« die Rede. Und auch hierzulande macht das Wort Faschismus im Zusammenhang mit dem Trump-Regime immer wieder die Runde.⁶ Zweifellos gibt es zahlreiche Parallelen zwischen der Errichtung der Diktatur in Italien und Deutschland in der Zwischenkriegszeit einerseits und der Umgestaltung der politischen Landschaft in den USA durch die Trump-Regierung andererseits. Auch die Nationalsozialisten feigten nach der »Macht-ergreifung« unter dem Motto »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«, die Gewaltenteilung hinweg. Die in der MAGA-Bewegung tief verankerte Sehnsucht,

⁵ www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/usa-donald-trump-jimmy-kimmel-tv-sender-lizenzen

⁶ Dazu hat unter anderem der Osnabrücker Philosophieprofessor Rainer Mühlhoff mit seinem kürzlich erschienenen und viel diskutierten Buch »Künstliche Intelligenz und neuer Faschismus« (Reclam Verlag, 2025) beigetragen.

einen Bürgerkrieg zu entfesseln und Gegner gewaltsam auszuschalten, erinnert ebenfalls fatal an europäische Vorbilder aus der Zwischenkriegszeit. Bereits in den 1920er Jahren erklärte Carl Schmitt die Unterscheidung von Freund und Feind zum Wesensmerkmal des Politischen. Vermutlich hat Donald Trump noch nie etwas von dem vielleicht wichtigsten Vordenker der »Konservativen Revolution« gehört. Seine Wahlkampftraden, in denen er kritische Journalisten dem »enemy camp«⁷ zuschlug und die Demokratische Partei sowie jegliche Opposition als »the enemy from within«⁸ bezeichnete, sprechen jedoch eine deutliche Sprache. Er teilt dieses Politikverständnis und es gehört zur DNA der MAGA-Bewegung.

Wie wenig die Vorstellungen von einer Rückkehr zum Isolationismus bzw. zum Imperialismus den realen Inhalt des Trumpismus erfassen, wurde weiter oben bereits thematisiert. Trotz der offensichtlichen Gemeinsamkeiten zwischen dem historischen Faschismus und dem Trumpismus ist der analytische Wert des Faschismusbegriffs kaum höher zu veranschlagen. In seinem Verhältnis zum Staat und zum Individualismus unterscheidet sich der Trumpismus nämlich so grundlegend von den Faschismen des 20. Jahrhunderts, dass es irreführend ist, beide unter den gleichen Begriff zu subsumieren. Ähnlich wie in Italien verfolgte der Nationalsozialismus eine strikt etatistische Politik. Ein Indikator dafür war der massive Anstieg des Anteils der Staatsbediensteten an der Gesamtbeschäftigung. Das nationalsozialistische Deutschland baute nicht nur das Militär und die Repressionsapparate schnell aus, sondern schuf auch die Grundlagen eines Wohlfahrtsstaates. Kein Wunder also, dass der Begriff der staatlichen Daseinsvorsorge erst 1938 geprägt wurde und in die Staatsrechtsdiskussion Einzug hielt.⁹ Dementsprechend fiel die soziale Wirkung des ideologischen Konzepts

⁷ www.theguardian.com/us-news/2024/nov/06/trump-media-enemy-camp-speech

⁸ www.nbcnews.com/politics/2024-election/-enemy-trump-claims-democrats-are-dangerous-us-foreign-adversaries-rcna175198

⁹ Er geht auf den Staatsrechtler Ernst Forsthoff zurück, den Autor des Buches »Der totale Staat« aus dem Jahr 1933.

der »Volksgemeinschaft« aus. Knapp 1 Prozent der Wohnbevölkerung¹⁰ wurden im Zeichen von Antisemitismus und Rassismus aus der Volksgemeinschaft heraus definiert. Für sie bedeutete die nationalsozialistische Herrschaft Ausschluss, Verfolgung und schließlich physische Vernichtung. Der übrigen Bevölkerung, sofern sie arbeitswillig, arbeitsfähig und dem Regime gegenüber loyal war, versprach der Nationalsozialismus die Integration in den als homogen imaginierten Volkskörper sowie die Teilhabe an staatlichen Wohltaten.

Wie bereits skizziert, ist dies das genaue Gegenteil dessen, wofür der Trumpismus steht. Letzterer zielt auf einen Zustand ab, in dem sich der Staat so gut wie vollständig aus dem Leben der Einzelnen heraushält. Der kanadische Historiker Quinn Slobodian unterscheidet drei Hauptströmungen im Trumpismus. Die erste zielt auf einen »schlanken Staat, der sich darauf konzentriert, die Kapitalrendite zu maximieren«. Die zweite Strömung, die sich vor allem in konservativen Thinktanks sammelt, will einen »gefesselten Staat, der nicht in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit zu fördern.« Schließlich gibt es noch eine dritte, anarchokapitalistische Position. Sie ist vor allem in der Chefetage der IT-Branche stark vertreten und hat als Ziel einen »zerrütteten Staat, der die Regierungsgewalt an konkurrierende Projekte dezentralisierter Privatherrschaft abtritt.«¹¹ Sie alle vereint ihre strikt antietatistische Orientierung.

Die Trump-Regierung lässt keinen Zweifel daran aufkommen, wie ernst es ihr mit der Umsetzung dieser Agenda ist. Zu den ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten gehörte die Gründung des »Department of Government Efficiency« (DOGE), dessen Leitung dem Anarchokapitalisten Elon Musk übertragen wurde. Er löste sein Versprechen, ein »Kettensägenmassaker« an den staatlichen Verwaltungen anzurichten, ein. Die Massenentlassungen führten zu einem Chaos sondergleichen. Man sah sich sogar immer wieder gezwungen, Entlassene zu bitten, in den Dienst zurückzukehren. Genauso wenig wie das persönliche

¹⁰ 1933 lebten in Deutschland etwa 500.000 Juden und Jüdinnen. Das waren damals etwa 0,77 Prozent der Einwohner. Für den Anteil der Sinti und Roma an der deutschen Bevölkerung liegen nur Schätzungen vor. Sie bewegen sich zwischen 30.000 und 50.000 Menschen. Schwarze gab es nur ein paar Tausend.

¹¹ <https://www.woz.ch/2512/faschismusdebatte/made-in-usa/!SXG7HRG2T7C3>

Zerwürfnis von Musk und Trump ist dies jedoch ein Indiz für eine grundsätzliche Trendwende. Es geht lediglich darum, das Tempo der Staatsdemontage etwas zu drosseln und die schlimmsten Fehlleistungen der Musk-Truppe zu korrigieren. Dazu zählt beispielsweise die Rücknahme von 300 Kündigungen bei der Behörde, die für die Sicherung der Atomwaffen zuständig ist und durch die Kündigungen vollständig lahmgelegt wurde.

Hierzulande stößt es vielen Beobachtern auf, dass Trump bei seinen Auslandsreisen wie ein Handelsvertreter auftritt. Meist wird das als persönliche Eigenart eines Businessman gedeutet, der von seinen Gewohnheiten, auch nachdem er sich ins höchste Staatsamt verirrt hat, nicht lassen kann. Diese Deutung greift jedoch zu kurz, da sie die strukturelle Dimension außer Acht lässt. Einerseits liegt die Priorisierung privater Geschäftsinteressen im libertären Programm. Andererseits ebnet nicht nur die US-Regierung den Unterschied zwischen Geschäft und Politik ein. Ob Iran, Russland oder Venezuela – das ist ein mehr oder weniger allen autoritären Regimen unserer Zeit gemeinsamer Zug. Das einzige Alleinstellungsmerkmal der Trump-Administration besteht darin, dass sie den Primat des Geschäfts in der Politik offensiv propagiert und damit auf der internationalen Bühne hausieren geht. Andere Regime verschleiern in der Außendarstellung, wie sehr Staatsmacht und Geschäftemacherei bei ihnen ineinander verschwimmen oder wählen vor allem für das Auslandsgeschäft gern auch mal eine klandestine Vorgehensweise¹².

Sowohl der Nationalsozialismus als auch der Faschismus vertraten bekanntlich einen völkischen Kollektivismus. Davon zeugen Parolen wie »Du bist nichts, dein Volk ist alles«. Dieser völkische Kollektivismus war untrennbar mit dem Traum von einem »totalen Staat« verbunden, der die Nation aktiv formen und durchdringen sollte. Auch in der antisemitischen Welterklärung spiegelt sich diese Konstellation wider. Alle Übel dieser Welt wurden auf die

¹² In dieser Hinsicht stellt die nordkoreanische Kleptokratie einen besonders krassen Fall dar. Das Regime verschafft sich seine Devisen vornehmlich durch illegale Geschäfte im Ausland, wie Falschgeldhandel, Zigarettenschmuggel, Drogenkriminalität und Versicherungsbetrug. Um diese Aktivitäten zu koordinieren, schuf das ZK der Partei das offiziell nicht existierende Büro 39.

Juden projiziert, die als eine blutsfremde, übernationale und deshalb nicht zum Volkskörper gehörende soziale Gruppe imaginiert wurden. Da sie angeblich daran gewöhnt waren, parasitär im Inneren fremder Völker zu leben, galten sie als eine zur eigenen Staatsbildung und damit zu einer höheren Kultur unfähige »Rasse«.

Die populärste Verschwörungserzählung, die in der MAGA-Bewegung kursiert, ist zwar kaum weniger aberwitzig, operiert aber bezeichnenderweise mit dem umgekehrten Feindbild. Der angebliche Todfeind der Menschheit hat es auf die Zerstörung der individuellen Freiheit abgesehen und heißt »Deep State«. Dieser Geheimbund skrupelloser Bürokraten soll im Hintergrund die Fäden ziehen und die freien US-amerikanischen Bürger sowie ihren legitimen Repräsentanten, Donald Trump, drangsalieren. Qanon liefert das i-Tüpfelchen zu dieser Weltsicht. Angeblich vergnügen sich die Angehörigen des »Deep State« damit, Kinder zu vergewaltigen und zu ermorden, um aus deren Blut ein Verjüngungsserum zu gewinnen. Sogar die aus der Geschichte des Antisemitismus bekannte Wahnvorstellung ritueller Kindermorde wird auf die liberalen Eliten projiziert.

Für die Ausstrahlungskraft der die liberale Demokratie tragenden Parteien war vor allem entscheidend, wie gut sie die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen zusammenführen und ausgleichen konnten. In den USA versucht die Demokratische Partei noch an diese Art der Synthese anzuknüpfen. Angesichts der immer schärfer werdenden sozialen Polarisierung ist es jedoch kaum noch möglich, eine liberale Wirtschaftspolitik mit einer Politik zu verbinden, die auch den Interessen breiter Schichten gerecht wird. Mit der Nominierung Trumps als Präsidentschaftskandidaten haben die Republikaner die Konsequenzen aus dieser Situation gezogen. Unter dessen Führung spart sich die Grand Old Party dieses wenig erfolgversprechende Vermittlungsgeschäft weitgehend. In puncto Interessenpolitik konzentriert sich die Regierung unter Trump darauf, die unmittelbaren Interessen einzelner Konzerne und Branchen durchzusetzen. Den vom Finanzmarktkapitalismus gebeutelten Schichten gegenüber setzt sie hingegen konsequent auf die identitätspolitische Karte. Mit ihren Hasstraden

gegen die »liberalen Eliten« und »kriminellen Migranten« bedient sie das Bedürfnis nach einer Projektionsfläche, an der sich der über lange Zeit aufgestaute Frust entladen kann. Hinzu kommt, dass Trump mit seinem Phantomprojekt einer Reindustrialisierung der USA und seinem fossilistischen Programm die nostalgische Stimmung der Hillbillies, Rednecks und Bewohner des Rustbelts trifft. Diese sehnen sich nach einem großen historischen Reset-Knopf, der sie in die bessere und übersichtlichere fordistische Vergangenheit zurückversetzt.

Die von der MAGA-Bewegung übernommene Republikanische Partei weist insofern Gemeinsamkeiten mit den faschistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts auf, als beide eine äußerst aggressive Identitätspolitik betreiben und Politik wesentlich als Freund-Feindbeziehung auffassen. Allerdings hat sich das Verhältnis von Identitäts- und Interessenpolitik auf den Kopf gestellt. Im Faschismus und Nationalsozialismus ging die Beschwörung der nationalen Identität mit der Anerkennung der Interessen der »Volksgenossen«, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen waren, einher. Der imaginäre Zusammenschluss zur Volksgemeinschaft der Arbeiter der Stirn und Faust war mit der realen Integration der Gesellschaft im Zeichen der Arbeit verzahnt. Beim Trumpismus ist die aggressive Identitätspolitik hingegen Ersatz für eine integrative Interessenpolitik.

Auch die Nationalsozialisten gingen rigoros gegen ihre politischen Gegner im eigenen Land vor und erklärten sie zu »Volksfeinden«. Die brutale Repression nach innen war für sie jedoch nur ein Zwischenschritt, um die deutsche Gesellschaft zu einer geschlossenen Einheit zusammenzuschweißen und sie auf den eigentlichen Kampf, den Eroberungskrieg, vorzubereiten. Der Trumpismus folgt einer anderen Logik. Für die MAGA-Bewegung ist der eigentliche Feind der Feind im Inneren. Der Hauptkriegsschauplatz ihrer Gewaltfantasien sind derzeit die angeblich im Chaos versinkenden, demokratisch regierten Städte des eigenen Landes. Dabei dürfte es auch bleiben. Der Kampf gegen die »liberalen Eliten« ist in der trumpistischen Vorstellungswelt schon der Kampf mit dem Endgegner. Und auch seine gesellschaftliche Wirkung ist der des Nationalsozialismus diametral entgegengesetzt. Die Ausschaltung der Gegner war

ein Mittel hochgradig repressiver gesellschaftlicher Formierung im Sinne des Führer-Staates. In Anomie versank die deutsche Gesellschaft erst mit dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Mit der Umsetzung des MAGA-Programms steuert die US-amerikanische Gesellschaft dagegen, auch ganz ohne Weltkrieg, auf anomische Zustände zu und schafft eine Gesellschaft, in der der individualisierte Überlebenskampf die Lebenskraft der Menschen absorbiert.

Weltinnenpolitik

Bekanntlich gehört die IT-Branche seit Jahrzehnten zu den Speerspitzen des Globalisierungsprozesses. Abgesehen vom Finanzsektor ist für keinen anderen Bereich der US-Wirtschaft das Auslandsgeschäft so wichtig wie für die Konzerne des Silicon Valley. Auch Amazon und die Firmen von Elon Musk verfolgen als Global Player transnationale Geschäftsstrategien. Das bleibt nicht ohne Folgen für den Trumpschen Antietatismus. Insofern der Trumpismus für die unmittelbare Herrschaft großer Kapitalkonglomerate in der Welt der Politik steht, steht er für transnationale Privatinteressen und damit für das genaue Gegenteil einer isolationistischen Politik. Die abstrakte Allgemeinheit des Staates bezog sich immer nur auf ein bestimmtes Territorium und dessen Bevölkerung, nie auf die Erde und die gesamte Menschheit. Dementsprechend gehörte die Trennung von Innen- und Außenpolitik zu den klassischen Strukturmerkmalen staatlichen Handelns. Indem er transnationale Privatinteressen zur Leitlinie der Politik macht, verwischt der Trumpismus diese Unterscheidung. Natürlich haben die Verbündeten der USA in Europa und Fernost auch früher regelmäßig US-amerikanische Waffen gekauft, was von allen US-Regierungen goutiert wurde. Neu ist jedoch, dass die Vertreter der Trump-Administration jeden NATO-Gipfel mit US-Beteiligung vor allem als Verkaufsveranstaltung nutzen und die militärische Präsenz der USA von Aufträgen für die US-amerikanische Rüstungsindustrie abhängig machen. Fast noch bemerkenswerter ist allerdings die Dreistigkeit, mit der die neue Administration als verlängerter Arm der Tech-Giganten die EU-Kommission unter Druck setzt. Nachdem die EU-Kommission Anfang

September 2025 gegen Google wegen Verstößen gegen die Wettbewerbsregeln im Werbegeschäft eine Strafe in Höhe von knapp drei Milliarden Euro verhängt hatte, reagierte Trump prompt. Sollte es bei dem Bußgeld bleiben, kündigte er neue Strafzölle an. Der Zollkompromiss vom Juli wäre dann hinfällig. Vor allem aber verfolgt die US-Regierung konsequent das Ziel, den Techkonzernen bei der Festlegung der Standards im digitalen Raum freie Hand zu verschaffen – und zwar nicht nur in den USA, sondern weltweit. Selbst gegen die unzureichenden Regulierungen, die der *Digital Markets Act* und der *Digital Services Act* vorsehen, zieht die Trump-Administration zu Felde und kann sich damit sogar bis auf Weiteres durchsetzen. Derlei Erfolge sind allerdings nicht das Ergebnis einer großangelegten oder auch nur halbwegs stringenten Strategie eines in Erneuerung begriffenen Imperiums, sondern sind einzig und allein dem Versuch der EU-Länder geschuldet, dem Kräftenessen auszuweichen. Deren Führung setzt noch immer darauf, durch partielles Nachgeben den Status quo ante im Kern zu erhalten. Diese Appeasementpolitik, die vor allem das exportorientierte Deutschland der EU aufnötigt, dürfte aber schwerlich aufgehen. Jedes Zugeständnis wird auf der Gegenseite nur als Bestätigung für die Richtigkeit der America First-Politik wahrgenommen. Damit laden die Partner von einst die US-Administration geradezu dazu ein, den nächsten Forderungskatalog auf den Tisch zu legen. Das gilt umso mehr, da das Trump-Regime Gründe dafür braucht, warum die Trumponomics nicht die erwarteten Früchte bringen. Die Antwort ist immer die gleiche: Verantwortlich sind die Liberalen und dass die USA den anderen Staaten noch nicht genug abgepresst hat.

In seiner Dankesrede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels im Jahr 1963 sprach der Physiker und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker von der Notwendigkeit, so etwas wie eine »Weltinnenpolitik« zu entwickeln. Dieser Begriff geistert immer wieder durch die Debatten der letzten Jahre, vor allem im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden Klimakatastrophe und anderen globalen Krisen. Damit war letztlich jedoch nie mehr gemeint als die Stärkung internationaler Organisationen und die Forderung, dass die Staaten vor allem bei der Lösung diverser Menschheitsfragen enger kooperieren soll-

ten. Weltinnenpolitik blieb also im Kern nichts weiter als ein irreführendes Etikett für Multilateralismus, also Vereinbarungen zwischen souveränen Staaten. Die einzige Form, in der sich das liberale Lager eine tatsächliche Überwindung der Unterscheidung von Innen- und Außenpolitik vorstellen konnte, war die monströse Utopie eines Weltstaats.

Das autoritäre Lager ist da deutlich weiter und betreibt längst im Wortsinn so etwas wie Weltinnenpolitik – auch wenn deren Inhalt fürchterlich ist. Zwar propagieren Regime wie das von Trump oder Putin die angeblich dem Multilateralismus zum Opfer gefallene Souveränität des eigenen Staates. Bei der Verfolgung dieses Phantoms operieren sie jedoch transnational und setzen sich über die klassische Unterscheidung von inneren und äußeren Angelegenheiten rücksichtslos hinweg. Ein für den Trumpismus besonders ausgeprägter Aspekt wurde bereits angesprochen. Wenn es darum geht, als verlängerter Arm privater Kapitalinteressen für Deregulierung zu streiten oder Aufträge zu ergattern, hat die US-Regierung nicht die geringsten Hemmungen, Entscheidungen zu erzwingen – und das nicht nur gegenüber der Weltmarkt-Peripherie, sondern auch gegenüber Europa. In der Zeit des Pax Americana hätte ein US-Präsident nie öffentlich Front gegen die Gesetzgebung in europäischen Partnerländern gemacht und in Medienkampagnen wirtschaftliche Sonderrechte für US-Firmen eingeklagt. Genau das gehört aber zum Standardprogramm des Trumpismus. Auf diese Weise lässt sich den eigenen Wählern demonstrieren, wie ernst es der autoritären Regierung mit »America First« ist. Dies und die letztlich überschaubaren unmittelbaren Vorteile für US-Unternehmen wiegen offenbar schwerer als die Belastung der zwischenstaatlichen Beziehungen durch die ostentative Verachtung der Souveränitätsrechte und Interessen der Partnerländer. Das ist umso bemerkenswerter, als die Kräfteverhältnisse zwischen der EU und den USA in einem offenen Wirtschaftskrieg alles andere als günstig für das Trump-Regime wären. Solange die Wirtschaft der EU den Imperativen privater Gewinninteressen unterworfen bleibt, hat sie zwar viel zu verlieren; das gilt insbesondere für die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Der US-Ökonomie, die von der Zufuhr ausländischen Geldkapitals abhängig ist, droht dagegen der baldige Ge-

nickbruch – zumal die Trump-Administration nicht nur gegenüber Europa einen handelspolitischen Konfrontationskurs fährt.

Wie bereits skizziert, gilt »America First« auch für die Abwicklung der liberalen Demokratie und das Ausgrenzungsprogramm der MAGA-Bewegung. Frei nach Karl Liebknecht steht für diese der Hauptfeind im eigenen Land: die »liberalen Eliten« und die illegalisierten Migranten in den USA. Das ändert freilich nichts daran, dass die rechte Identitätspolitik auch das Verhältnis zu anderen Ländern maßgeblich mitbestimmt. Auch in dieser Hinsicht hat der Trumpismus die strukturelle Unterscheidung von Außen- und Innenpolitik hinter sich gelassen. Das lässt sich zunächst einmal daran ablesen, dass die Trump-Regierung mit anderen Staaten und deren Repräsentanten immer wieder in einer Weise umspringt, die aus der Perspektive klassischer Außenpolitik offensichtlich sinnlos oder sogar kontraproduktiv ist. Das Vorgehen bedient einzig und allein, die ideologischen Bedürfnisse der heimischen MAGA-Klientel. So nutzte Trump im Mai den Besuch des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa im Weißen Haus, um ihn mit einem im rechtsextremistischen Spektrum der USA populären Ammenmärchen zu konfrontieren. Demnach finde in seinem Land ein »Genozid« an Weißen statt. Zum viel beschworenen »Deal-Making« trägt so etwas schwerlich bei. Dafür lässt sich im rassistischen Lager im eigenen Land punkten, das seine Vernichtungsfantasien gerne projiziert und sich dankbar zeigt, wenn der Präsident dies aufgreift. Wie von vornherein absehbar, war auch die von Trump in die Welt posaunte Idee, Kanada als 51. Bundesstaat den USA anzugliedern, außen- und wirtschaftspolitisch ein Rohrkrepiere. Die Empörung über dieses Ansinnen führte zu einer Wende bei den eigentlich schon entschiedenen kanadischen Parlamentswahlen. Dank Trumps Intervention machte die ihm verhasste Liberale Partei, die in den Umfragen weit abgeschlagen war, doch noch das Rennen. Der im März 2025 vereidigte neue Ministerpräsident Mark Carney unternimmt einiges, um die bisher sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu lockern und die zu anderen Staaten auszubauen. Die Bevölkerung ist ihm dabei voraus. Als Reaktion auf die Annexionsidee und die erhöhten Zollsätze brach der kanadische Tourismus in die USA gegenüber dem Vorjahr um

70 Prozent ein. Unter dem Motto »Elbows up« entstand eine breite Boykottbewegung gegen US-amerikanische Waren, die zumindest in einigen Bereichen durchschlagende Wirkung zeigte. So gingen die Weinimporte aus den USA um 93 Prozent zurück, weil die Konsumenten auf australische, südafrikanische und europäische Weine umstiegen. Angesichts der Provokationen Trumps hat die kanadische Bevölkerung nicht nur beim Wein ihre Liebe zu Europa entdeckt: Plötzlich befürworteten 46 Prozent der Wahlberechtigten einen EU-Beitritt ihres Landes.

Das ostentative Auftrumpfen gegenüber den ungeliebten Partnerstaaten und der chinesischen Konkurrenz ist Teil des identitätsstiftenden USA-Kultes der MAGA-Bewegung und insofern für den Trumpismus funktional. Was die machtpolitische Stellung der USA in der Welt angeht, sind die Effekte jedoch langfristig betrachtet negativ, da sie die Grundlage der US-Hegemonie – die Kooperationsbereitschaft der übrigen kapitalistischen Staaten – über kurz oder lang zerstören. Das gilt umso mehr, als dem Trumpismus die Tendenz innewohnt, gegenüber den anderen kapitalistischen Kernstaaten nachzurüsten, einmal geschlossene Vereinbarungen wieder über den Haufen zu werfen oder sie zum Nachteil der Gegenseite neu zu interpretieren. Gerade weil die Vorstellung einer Reindustrialisierung der USA auf Sand gebaut ist, steht der Trumpismus vor einem strukturellen Problem. In dem Maße, in dem die USA im Gefolge der Zollpolitik nicht aufblühen, sondern ökonomisch abschlumpfen, müsste er sich von der Mär verabschieden, die Probleme der USA seien das Resultat einer Übervorteilung. Für den Zusammenhalt der MAGA-Bewegung wäre das indes verheerend. Da dürfte die Fortschreibung des bewährten Narrativs für das Trump-Lager näher liegen. Wenn die USA angeblich aber nach wie vor vom Ausland betrogen werden, dann wird die US-Seite in ihrer imaginären Notwehrsituation auch immer wieder mit neuen Forderungen aufwarten. Den europäischen Regierungen bleibt damit wiederum nur die Wahl, entweder aus Willfährigkeit die Ökonomie ihrer Länder sukzessive in den Ruin zu führen oder die fatale Appeasementpolitik zu beenden.

Die inoffizielle autoritaristische Transnationale

In den westlichen Nachkriegsdemokratien wies das politische Spektrum, das um die Regierungsmacht konkurrierte, nicht überall die gleiche Bandbreite auf. In den USA mit ihrem Zweiparteiensystem war es enger als in den meisten Ländern auf der anderen Seite des Atlantiks. In Europa konkurrierten drei Hauptströmungen um die Regierungsmacht. Neben dem liberalen und dem konservativen Lager spielte dort lange Zeit die Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle. Natürlich bestand innerhalb dieser drei Gruppierungen immer eine gewisse grenzüberschreitende Affinität zu den jeweiligen Schwesterparteien. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gaben sich mit der 1951 wiedergegründeten »Sozialistischen Internationale« sogar so etwas wie ein gemeinsames Dach. Für die Regierungen gehörte es allerdings zum guten Ton, sich aus den Wahlkämpfen anderer Länder herauszuhalten und mit jeder demokratisch legitimierten Führung gleichermaßen zusammenzuarbeiten – unabhängig davon, ob sie aus der eigenen oder einer konkurrierenden »Parteienfamilie« stammten. Bis heute vermeiden die noch auf dem Boden der liberalen Demokratie stehenden Regierungen geflissentlich jede Positionierung, die als Einmischung in die dortigen Mehrheitsbildungsprozesse interpretiert werden könnte.

Diese geflissentliche Zurückhaltung ist ein wesentliches Merkmal der Trennung von Außen- und Innenpolitik, wie sie für liberale Demokratien charakteristisch ist. Die Trump-Administration folgt jedoch ganz anderen Spielregeln und ergreift mit größter Selbstverständlichkeit Partei im Richtungsstreit in den europäischen Staaten. Bereits im März wurde u.a. die US-Botschaft in Paris aktiv und verlangte von europäischen Firmen, Trumps Verbot von Diversitätsprogrammen zu befolgen. Auch von der europäischen Politik wird ganz offen gefordert, sich dem Weltanschauungskriegertum der MAGA-Bewegung anzuschließen und dem Beispiel der *Grand Old Party* zu folgen. Der Auftritt von Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar machte diese Marschrichtung unmissverständlich deutlich. Der US-amerikanische Vizepräsident behauptete, die Demokratie in Europa sei durch die »Brandmauern« gegen Parteien wie den Rassemblement National und die AfD gefährdet. Außerdem erklärte er den Eu-

ropäern, was ihr Hauptproblem sei: die Massenmigration und der Mangel an Härte gegenüber muslimischen Einwanderern. Getreu dem Motto »Steter Tropfen höhlt den Stein« wird permanent nachgestoßen. Als der hiesige Verfassungsschutz im Mai die AfD als »gesichert rechtsextremistisch« einstufte, reagierte der US-amerikanische Außenminister Marco Rubio prompt und sprach von »verkappter Tyrannei« in Deutschland. Kein Wunder, dass sein Ministerium auch den jährlich erscheinenden »Country Reports on Human Rights Practices«, der unter seinem Dach veröffentlicht wird, zu einem Propagandatraktat der globalen Rechten umfunktionierte. Es liefert ein Bild der Menschenrechtslage auf der Welt in Komplementärfarben. In El Salvador beispielsweise hätte es 2024 »keine glaubhaften Berichte über bedeutende Menschenrechtsvergehen« gegeben. Diese Einschätzung hat sich die Diktatur von Nayib Bukele mit ihrer Komplizenschaft bei der US-Abschiebepolitik verdient. Drei Jahre Ausnahmezustand und die Klage von Menschenrechtsorganisationen über 75 000 Inhaftierte, die in der Regel kein ordnungsgemäßes Verfahren erhielten, werden offenbar unter »Fake-News« abgebucht. Weit schlechter als El Salvador schneidet natürlich Brasilien ab. Ex-Präsident Bolsonaro muss sich wegen seines gescheiterten Putschversuchs juristisch verantworten und steht unter Hausarrest. Grund genug für den »Country Reports on Human Rights Practices«, dem größten lateinamerikanischen Land eine schlechte Menschenrechtslage zu bescheinigen. Trump spricht von einer »Hexenjagd«, die das oberste Gericht in Brasilia gegen seinen ehemaligen Amtskollegen veranstalten würde. Damit begründet er die Rekordzölle gegen das Land in Höhe von 50 Prozent. Er setzt offenbar darauf, die Exportwirtschaft gegen die Lula-Regierung zu mobilisieren – bis dato allerdings mit gegenteiligem Effekt¹³. Aber auch Europa bleibt nicht verschont. Das US-Außenministerium wirft Großbritannien, Frankreich und Deutschland Mängel in Sachen Meinungs-

¹³ Die stark gefallenen Popularitätswerte der Lula-Regierung gingen jedenfalls wieder deutlich nach oben. Außerdem sind die USA in einigen Bereichen stark von Importen aus Brasilien abhängig und so gibt es zahlreiche Ausnahmen, die etwa 45 Prozent der brasilianischen Exporte in die USA betreffen. Vgl. Marcos Barreira: Jenseits des Wirtschaftskriegs, in *Jungle World* 32/2025, <https://jungle.world/artikel/2025/32/jenseits-des-wirtschafts-kriegs>

freiheit vor. Die britische Justiz versündigt sich angeblich an den demokratischen Werten, weil sie gegen Hetze im Netz vorgeht. Auch die EU-Auflagen zur Löschung von Hassbotschaften sind Stein des Anstoßes.

Im Vergleich zu anderen autoritären Regimen unserer Tage weist die Politik der Trump-Regierung einige Besonderheiten auf. Dazu gehört das bereits erwähnte Auftreten als Drückerkolonie von US-Konzernen. Abgesehen von der chinesischen Führung verfügen die übrigen gar nicht über das ökonomische und machtpolitische Druckpotenzial, das erforderlich wäre, um diesem Vorbild zu folgen. Auch die Gewohnheit, sich ostentativ auf die Seite von Politikern wie Bolsonaro und Parteien wie der AfD zu schlagen, ist eine Eigentümlichkeit der USA. Dass sie transnational agieren und die klassische Trennung von Außen- und Innenpolitik hinter sich gelassen haben, ist dagegen ein Merkmal, das autoritäre Regime unserer Tage gemeinsam haben. In diesem Zusammenhang sei nur an Putin-Russland erinnert, das seit Jahren massiv Einfluss auf die politischen Auseinandersetzungen in den westlichen Ländern nimmt – wenn auch, im Gegensatz zur Trump-Administration, in der Regel unter falscher Flagge und nicht regierungsoffiziell. Lange Zeit war der Wahlsieg Trumps über Hillary Clinton im Jahr 2016 der mit Abstand folgenschwerste Erfolg der inoffiziellen autoritären Transnationalen: Ohne das Dauerfeuer der von russischen Stellen in Umlauf gesetzten Falschmeldungen in den sozialen Medien und ohne die vom Kreml gesteuerten Hackerangriffe auf die demokratische Gegenkandidatin wäre Trump damals kaum ins Weiße Haus eingezogen. Die Trump-Regierung weiß die Unterstützung durch die russische Autokratie zu schätzen und zeigt sich dankbar. Eine der ersten Amtshandlungen Trumps nach seinem Wiedereinzug ins Weiße Haus war ein Anschlag auf die Gegenöffentlichkeit in der russischen Einflussphäre. Er strich Radio Free Europe, das Hörfunkprogramme in zahlreichen osteuropäischen und zentralasiatischen Sprachen produziert, umgehend die Gelder. Wie schon in seiner ersten Amtszeit öffnete der US-Präsident der russischen Einflussnahme Tür und Tor. Die Taskforce beim FBI, die sich mit Einmischungsversuchen aus Russland und China befasst, wurde sofort aufgelöst. Noch nie stand eine US-amerikanische Regierung einer ausländischen Macht so

nah wie die aktuelle der Putin-Mafia. Mit dem Trumpismus wird die Trennlinie zwischen Außen- und Innenpolitik also in doppelter Hinsicht obsolet: Die US-Regierung mischt sich nicht nur unmittelbar in die »inneren Angelegenheiten« von Partnerländern ein, sie löst auch den Schutzschirm gegen den unmittelbaren Eingriff fremder Mächte auf.

Die liberale Demokratie: ein historisches Auslaufmodell

Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts vertrat die Ansicht, Wirtschaftsfreiheit und politische Freiheit seien zwei Seiten derselben Medaille. Dabei verstand er politische Freiheit als ein Privileg, das allein den Besitzenden gebührt. Allerdings konnte sich die liberale Demokratie erst wirklich etablieren und stabilisieren, nachdem diese Vorstellung zu Grabe getragen worden war. Im »sozialdemokratischen Zeitalter« (Dahrendorf) wurde das freie Spiel der Marktkräfte durch staatliche Regulation so weit eingeschränkt, dass auch die Interessen derjenigen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen waren, im politischen Prozess Berücksichtigung fanden. Dies war die Voraussetzung dafür, dass die Spielregeln der liberalen Demokratie in der Nachkriegszeit allgemeine Akzeptanz fanden. Mit der neoliberalen Revolution ist die Mär von der Einheit von wirtschaftlicher und politischer Freiheit auferstanden und wurde wieder geschichtsmächtig. Im Gefolge der Privatisierungsschübe und angesichts des unbedingten Primats der Kapitalinteressen setzte ein schleichender gesellschaftlicher Desintegrationsprozess ein, der die Grundlage der liberalen Demokratie sukzessive untergrub. Der neue Autoritarismus in den westlichen Gesellschaften, wie ihn Figuren wie Trump repräsentieren, lässt sich nur vor diesem Hintergrund verstehen. Er ist gleichermaßen Produkt und Fortsetzung dieser Entwicklung.

Dass das liberale Lager von diesem Zusammenhang nichts wissen will und bei der Deutung des neuen Autoritarismus lieber Zuflucht in der Vorvergangenheit sucht, hängt nicht zuletzt mit dessen Selbstverständnis zusammen. Wer die liberale Demokratie als Inbegriff des Fortschritts betrachtet, muss im Um-

kehrschluss deren Feinde zu Ewiggestrigen erklären und ihren Vormarsch als Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten klassifizieren. Diese Deutung erlaubt auch die Fortschreibung des Dogmas von der Einheit von politischer und wirtschaftlicher Freiheit.

Worauf die Pseudoplausibilität dieser Sichtweise beruht, wurde in diesem Beitrag bereits erläutert. In seinen Weltdeutungen greift das autoritäre Lager gern auf aus der Vergangenheit vertraute Muster zurück: Die dunkle, genaueklärerische Seite des modernen Denkens schiebt sich wieder in den Vordergrund. Daraus schließen die Liberalen, dass auch der soziale Inhalt der rechten Politik ähnlich wäre, wie in der Aufstiegsgeschichte des Kapitalismus. Betrachtet man die ideologischen Reprisen jedoch nicht isoliert, sondern bezieht sie auf die veränderte historische Konstellation, ergibt sich ein völlig anderes Bild.

Die Politik der US-Regierungen gegenüber dem Globalen Süden ist an Rücksichtslosigkeit kaum zu überbieten, und die Zeiten, in denen die USA als operationsbereiter Hegemon die Einheit der »westlichen Welt« sicherten, sind vorbei. Dies ist jedoch weder mit imperialer Landnahme und Durchdringung, noch mit imperialer Konkurrenz nach dem Vorbild des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu verwechseln. Die Politik der US-Regierung zielt stattdessen darauf ab, sämtliche Kosten des globalen Kapitalismus den Bewohnern anderer Staaten aufzuhalsen. Auch die Wiederkehr der isolationistischen Rhetorik bedeutet keineswegs eine Rückkehr zur autozentrierten Entwicklung; vielmehr steht sie für die Verwandlung des einstigen Hegemons in einen Erpresser, der mit erweitertem ökonomischen Selbstmord droht. Der vermeintliche Antiglobalismus der Trump-Regierung entpuppt sich somit als ein verwilderter Globalismus, der auf eine *Beggar-thy-Neighbour-Politik* setzt, also darauf, die »Nachbarn« im globalen Kontext zu ruinieren, und der die klassische Trennung von Außen- und Innenpolitik hinter sich gelassen hat.

Keine Frage: Der Autoritarismus à la Trump ist hochgradig bedrohlich. Er treibt die soziale und ideologische Polarisierung auf die Spitze. Zudem markiert die zweite Amtszeit Trumps eine Veränderung im Charakter der Politik. Solange die etablierten Kräfte das politische Geschäft dominierten, bedeutete Politik

Krisenverwaltung. Diese waren bemüht, die gesellschaftlichen Widersprüche unter dem Deckel zu halten. Mit ihrer Ablösung werden politische Entscheidungen auch im Westen zu einem eigenständigen Krisentreiber. Damit gewinnt die Krise der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise noch einmal eine neue Qualität. All das macht aus dem Autoritarismus eine anomische, aber keine anachronistische Kraft. Dieses letztere Attribut hat sich vielmehr das liberale Lager redlich verdient. Selbstverständlich ist der Triumph des neuen Autoritarismus nicht unaufhaltsam. Strömungen wie die MAGA-Bewegung sind derart widerspruchsvoll, dass sie früher oder später auseinanderfallen müssen. Damit daraus jedoch etwas anderes als eine Neugruppierung autoritärer Herrschaft folgt, wäre ein tragfähiges gesellschaftliches Gegenprogramm erforderlich. Die liberale Demokratie taugt dazu nicht. Sie ist ein historisches Auslaufmodell.

Krisis - Kritik der Warengesellschaft

Krisis Beiträge seit 2013:

1 / 2013 PETER SAMOL

Michael Heinrichs Fehlkalkulationen der Profitrate

Zur Widerlegung von Michael Heinrichs »Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« und über die Bedeutung der schrumpfenden Wertmasse für den Krisenverlauf

2 / 2013 ERNST LOHOFF

Auf Selbstzerstörung programmiert

Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie

3 / 2013 JULIAN BIERWIRTH

Gegenständlicher Schein

Zur Gesellschaftlichkeit von Zweckrationalität und Ich-Identität

4 / 2013 PETER SAMOL

Ein theoretischer Holzweg

Die seltsame Fassung des Begriffs der »unproduktiven Arbeit« von Robert Kurz und wie er sich als Reaktion auf die Kritik daran in einen noch tieferen Schlamassel begeben hat

- 1 / 2014 ERNST LOHOFF
Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation
Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis
- 1 / 2015 JULIAN BIERWIRTH
Henne und Ei
Der Wert als Einheit von Handlung und Struktur
- 1 / 2016 NORBERT TRENKLE
Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals
Eine Antwort auf »*Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus?*«
von Christian Siefkes
- 2 / 2016 JULIAN BIERWIRTH
Der Grabbeltisch der Erkenntnis
Untersuchung zur Methode des *Gegenstandspunkt*
- 3 / 2016 KARL-HEINZ LEWED
Rekonstruktion oder Dekonstruktion?
Über die Versuche von Backhaus und der Monetären Werttheorie, den Wertbegriff zu rekonstruieren
- 4 / 2016 PETER SAMOL
All the Lonely People
Narzissmus als adäquate Subjektform des Kapitalismus
- 5 / 2016 ERNST LOHOFF
Die letzten Tage des Weltkapitals
Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals

- 1 / 2018 PETER SAMOL
Bitcoinblase und Blockchainballyhoo
Warum Bitcoin und andere Kryptowährungen kein Geld darstellen und dieses auch nicht ersetzen können
- 2 / 2018 ERNST LOHOFF
Die allgemeine Ware und ihre Mysterien
Zur Bedeutung des Geldes in der Kritik der Politischen Ökonomie
- 1 / 2019 JULIAN BIERWIRTH
Die Geburt des Ich
Aspekte von Identität und Individualität
- 1 / 2020 ERNST LOHOFF
Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist
Eine kleine politische Ökonomie des Immobiliensektors
- 1 / 2021 KARL-HEINZ LEWED
Beziehungsstörung Kapitalismus
Grundlinien einer kategorialen Kritik von Arbeit, kapitalistischer Naturbeziehung und männlicher Herrschaft
1. Teil: Entbettung und die Substanz der Arbeit
- 2 / 2021 JULIAN BIERWIRTH, LOTHAR GALOW-BERGEMANN,
KARL-HEINZ LEWED, ERNST LOHOFF, PETER SAMOL, NORBERT TRENKLE
Die Gretchenfrage neu gestellt
Über das Verhältnis von Kapitalismus, Religion und Religionskritik im 21. Jahrhundert
- 1 / 2022 JULIAN BIERWIRTH
Gesellschaftsform und Eigentum
Zur Kritik der Sachherrschaft

1 / 2024 NELE FUCHS

Verzerrtes Interesse an rechtem Terror

Der Anschlag in Halle 2019

2 / 2024 PETER SAMOL

Welche Arbeit schafft den Wert?

Überlegungen zu einer eindeutigen Begründung des Unterschieds zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit

3 / 2024 KARL-HEINZ LEWED

Der Begriff der Arbeitskraft

4 / 2024 ERNST LOHOFF

Jenseits des Homo faber oder die Rückgewinnung der Lebenszeit

1 / 2025 KARL-HEINZ LEWED

Beziehungsstörung Kapitalismus, Teil 2

Grundlinien einer kategorialen Kritik von Arbeit, kapitalistischer Naturbeziehung und männlicher Herrschaft.
2. Teil: Form, Stoff und das Andere der Vernunft

Das komplette Archiv der Krisis seit 1986 findet sich auf www.krisis.org.

Ein Teil der Druckausgaben ist noch erhältlich und kann bei folgender Adresse bestellt werden:

Förderverein Krisis | Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg | krisisweb@yahoo.de

k